

Informationen zur Datenverarbeitung

(Stand: 22.08.2024)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

innerorganisatorisch zuständig
Fachbereich: Kommunikation und Partizipation
Telefon: 0331 / 289 – 0
Fax: 0331 / 289 - 1155
E-Mail: Poststelle@rathaus.potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte
der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon: 0331 / 289 – 1087
Fax: 0331 / 289 – 841087
E-Mail: datenschutz@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

- Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:
- Personenstammdaten
 - Anrede
 - Vor- und Nachname
 - Straße
 - Hausnummer
 - Postleitzahl
 - Ort
 - Geschlecht
 - Geburtsdatum
 - Einverständnis in die Datenverarbeitung
 - Kommunikationsdaten
 - E-Mail-Adresse (freiwillig)
 - Telefonnummer (freiwillig)
 - Freiwillige Erhebung der Information nach Selbstzuschreibungen eines „Migrationshintergrunds“
 - Nach Art. 9 Abs. 1 DS-GVO; Freiwillige Erhebung der Information nach Selbstzuschreibung der besonderen Kategorie „Schwerbehinderung nach SGB IX“

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

Für die Anmeldung für das Losverfahren zur Neubesetzung des Beteiligungsrates 2025-2027 erhebt die LHP nach Art. 6 Abs. 1 lit a DS-GVO auf Basis der Freiwilligkeit bei den sich Anmeldenden Daten mit den Kategorien Personenstammdaten, Kommunikationsdaten.

Die Personenstammdaten „Anrede, Vor- und Nachname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort“ sowie die Kommunikationsdaten „E-Mail-Adresse und Telefonnummer (freiwillig)“ werden zur Informationsübermittlung verarbeitet, ob die angemeldete Person erfolgreich ausgelost wurde oder nicht. Bei jenen, die ausgelost wurden, erfolgt eine Anfrage, ob sie den Sitz im Beteiligungsrat 2025-2027 annehmen. Bei fristgerechter Annahme erfolgt ferner eine Einladung zur konstituierenden Sitzung.

Die Personenstammdaten „Anrede, Vor- und Nachname“ werden zudem zur Loserstellung verarbeitet.

Die Personenstammdaten „Geschlecht“ werden verarbeitet, um einen paritätischen Beteiligungsrat zu konstituieren. (Es gibt im Beteiligungsrat einen diversen Sitz, sechs männlich besetzte und sechs weiblich besetzte Sitze sowie drei zugeordnete Listen für Nachrückende.)

Die Personenstammdaten „Geburtsdatum“ werden verarbeitet, um den Jugendsitz des Beteiligungsrates sowie die Liste für Nachrückende des Jugendsitzes zu konstituieren.

Nach Art. 6 Abs. 1 lit a DS-GVO erhebt die LHP auf Basis der Freiwilligkeit bei den sich Anmeldenden Daten mit den zusätzlichen Kategorien „Selbstbeschreibung Migrationshintergrund“ und „Selbstbeschreibung Schwerbehinderung nach SGB IX“.

Spätestens nach Abschluss des Neubesetzungsverfahrens und der Konstituierung des Beteiligungsrates 2025-2027 im Januar 2025 werden die Daten dieser zusätzlichen Kategorien gelöscht.

Die erhobenen Daten aller Kategorien werden nur von den Sachbearbeiter:innen, die bei der Organisation der Anmeldung für das Losverfahren zur Neubesetzung des Beteiligungsrates 2025-2027 beteiligt sind, verarbeitet. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt.

Die Kategorien „Freiwillige Selbstbeschreibung Migrationshintergrund“ und „Freiwillige Selbstbeschreibung Schwerbehinderung nach SGB IX“ erfordern keinen Beleg. Die Anmeldungen, welche mindestens eine der beiden Selbstbeschreibungen aufweisen, werden bei der Auslosung mit zwei statt einem Los berücksichtigt. Den Betroffenen entsteht folglich kein Nachteil. Die Daten werden nur dafür verwendet.

Für den Beschluss des SVV, der die Mitgliedschaft im Beteiligungsrat offiziell bestätigt, werden die Personenstammdaten der ausgelosten Personen, „Geschlecht, Vor- und Nachname“, verarbeitet. Diese Daten sind erforderlich, um den ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens zu gewährleisten und die Mitgliedschaft der betroffenen Personen rechtlich verbindlich zu machen.

Zusammenfassend werden die erhobenen Daten ausschließlich für den Beteiligungsrat zur Organisation und zur Auslosung seiner neuen Mitglieder verarbeitet. Weiterhin werden die Daten von den ausgelosten Personen zur Arbeit im Gremium von der Landeshauptstadt Potsdam verarbeitet.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- a) innerhalb des Verantwortlichen allen mit der Anmeldung zur Auslosung zur Neubesetzung des Beteiligungsrates 2025-2027 betrauten Organisationseinheiten

Eine Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von:

Die nach Art 6 Abs. 1 lit a DS-GVO auf Basis der Freiwilligkeit bei den sich Anmeldenden erhobenen Daten der Kategorie „Freiwillige Selbstbeschreibung Schwerbehinderung nach SGB IX“ und der Kategorie „Freiwillige Selbstbeschreibung Migrationshintergrund“ werden nach Abschluss der konstituierenden Sitzung (spätestens 31. Januar 2025) gelöscht.

Alle restlichen Daten werden nach Ablauf der Amtszeit des Beteiligungsrates 2025-2027 gelöscht.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.)
- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);

- ☒ Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft

(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);
- ☒ Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)

(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde kann gerichtet werden an:

Die Landesbeauftragte
für den Datenschutz und
für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203 / 356 - 0
Fax: 033203 / 356 – 49
E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de